

Dagegen wäre auf den ersten Blick im Grunde nichts einzuwenden. Sehr geehrter Herr Kerkhoff, da sind wir bei Ihnen. Was Sie aber nicht erwähnt haben, ist die Tatsache, dass das Gesetz sehr viel weiter geht und dem Präsidium eine große Befugnis zuschreibt. Denn der Teufel steckt mal wieder im Detail.

So bleibt vollkommen unklar, was konkret Sie mit „parlamentarischem Rechtsgut“ denn eigentlich meinen. Ist das die Summe aller Rechtsgüter, auch der individuellen, die unter diesem Schirm vereint sind? Oder meinen Sie die Würde des Hohen Hauses?

Nächste Frage: Wann ist so ein parlamentarisches Rechtsgut verletzt? Wenn ein Mitarbeiter, zum Beispiel einer der Grünenfraktion oder der SPD-Fraktion, wegen linksextremistischer Gewalttaten verurteilt wird?

Nun könnte man meinen, zum Glück bräuchte es gar nicht unbedingt ein Führungszeugnis mit Eintragungen, um etwaige Fraktionsmitarbeiter, die in ihrer Freizeit vielleicht auf Bäumen hocken und mit Kot auf Polizisten werfen oder diese mit Steinschleudern beschießen, vom Landtag fernzuhalten. Sie schreiben nämlich, dies sei auch möglich – Zitat –, „soweit der Landtag auf andere Weise Kenntnis von Umständen erlangt, aufgrund derer eine Beeinträchtigung parlamentarischer Rechtsgüter zu befürchten ist.“

Kommen wir damit etwaigen Mitarbeitern der verschiedenen linken Fraktionen hier im Haus, die trotz eines sauberen Führungszeugnisses keine weiße Weste haben, nun also doch auf die Schliche? Ich glaube, eher nicht.

Die AfD-Fraktion hat Sie wieder und wieder aufgefordert, die nachweisliche Nähe der Grünen Jugend und Jusos zu linksextremen Bestrebungen wie der „Roten Hilfe“ und „Ende Gelände“ endlich ernst zu nehmen. Sie aber schauen alle weg.

Ja, friedliche Regierungskritiker rücken Sie skrupellos in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit. Aber gewaltbereite Antifa-Aktivistinnen und Öko-Terroristen genießen hier Ihren politischen Schutz. Was bleibt, ist die Möglichkeit, dass das Landtagspräsidium fortan in Gutsherrenart darüber entscheidet, bei wem eine angebliche Gesinnungstat vorliegt. Deswegen lehnen wir dieses Gesetz ab.

Wenn Sie nicht länger mit zweierlei Maß messen, wenn Sie Linksextremismus entschlossen bekämpfen, wenn Sie die AfD nicht mehr aus dem Präsidium ausschließen, dann können wir gern gemeinsam über solche Gesetzentwürfe reden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Keith. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind in der Aussprache

nicht angemeldet, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/16469 in der ersten von zwei Lesungen. Ich darf fragen, wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Gegenstimmen der Abgeordneten der AfD. Enthaltungen? – Enthaltungen sind nicht ersichtlich. Damit ist der **Gesetzentwurf 17/16469 in erster Lesung angenommen.**

Die Fraktionen haben vereinbart, die zweite Lesung unmittelbar im Anschluss durchzuführen. – Hiergegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/16469 mit dem Titel „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Fraktionsgesetzes zur Erhöhung der Transparenz und Sicherheit im Landtag“ auf.

Eine Aussprache ist in der zweiten Lesung nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/16469 kommen können. Ich darf fragen, wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Der Abgeordnete der Fraktion der AfD. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/16469 in zweiter Lesung angenommen und damit auch verabschiedet.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

12 Wie zukunftsfähig ist die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 39
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14402

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/15753

Ich eröffne die Aussprache dazu und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Abgeordneten Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wie zukunftsfähig ist die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen?“ Das ist der Titel der Großen Anfrage 39. Wir haben dazu 182 Fragen gestellt.

Als Allererstes bedanke ich mich beim Umweltministerium und beim Wirtschaftsministerium für die Beantwortung der Fragen. Wir wissen, dass dafür immer eine Menge Aufwand zu betreiben ist. Aber ich glaube, dass es sich auch in diesem Fall gelohnt hat, das Thema „Abfall“ hier zu thematisieren, weil ich persönlich gedacht hätte, dass wir bei diesem Thema weiter wären, als wir heute sind. Wir hinken den Erfordernissen der Zeit doch ein Stück weit hinterher.

Im ersten Kapitel geht es um den Status quo der Kreislaufwirtschaft: Wo stehen wir eigentlich? – Wie der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen ist, erzeugt jeder von uns seit Jahren 460 kg Hausmüll jährlich. Das ist auf einem gleichbleibenden Niveau. Wir kommen unserem Ziel, nämlich einem Absenken der Müllmengen in Nordrhein-Westfalen, nicht wirklich näher; wir schaffen das nicht.

Dasselbe haben wir im Bereich „Sondermüll“ erlebt. Das liegt natürlich auch daran, dass mehr Müll zu Sondermüll deklariert wird. Die Gesamtmenge von Sondermüll hier in Nordrhein-Westfalen steigt aber immer weiter an. Die in der Antwort auf die Große Anfrage enthaltene Prognose besagt, dass die Menge von 5 Millionen Tonnen im Jahr 2010 voraussichtlich auf 6,4 Millionen Tonnen im Jahr 2030 steigen wird.

Insofern haben wir da erheblichen Handlungsbedarf. Diesen Handlungsbedarf haben wir doppelt. Zum einen müssen wir die Mengen herunterfahren. Zum anderen haben wir, wie die Vergangenheit gezeigt hat, erhebliche Probleme, die Abfallmengen auf den entsprechenden Deponien unterzubringen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – das gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für andere Bundesländer noch viel mehr – einen Deponiemangel. Bei der ZDE Emscherbruch haben wir erlebt, wie enttäuscht Menschen sind, weil schon wieder eine Deponie in diesem bereits derart belasteten Raum Herne/Gelsenkirchen noch einmal erhöht wird, obwohl ihnen schon einmal versprochen wurde, dass das nicht wieder gemacht werde. Jetzt ist seitens der Bezirksregierung gesagt worden, es sei nun wirklich das letzte Mal; ganz sicher. Aber das zeigt, welcher Druck da besteht.

Wenn wir nicht wieder die Debatte führen wollen, neue Deponien bzw. neue Sondermülldeponien einzurichten, was wir allerdings wahrscheinlich müssen, müssen wir mit dem vorhandenen Deponieraum, den wir noch haben, viel sorgfältiger umgehen. Dann müssen wir endlich mit der Kreislaufwirtschaft ernst machen. Wir müssen von diesen Müllmengen herunter.

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

Wir haben hier und auch im Umweltausschuss schon häufiger über das Thema „Bauschuttrecycling, Stra-

ßenaufbruch“ diskutiert. Beim Bauschutt sagen wir, dass wir 80 % wiederverwenden. Das ist schön und gut. Aber wie verwenden wir ihn wieder? Wir schaffen es nicht, aus Häusern wieder Häuser zu machen, sondern wir benutzen Häuser, die abgebrochen werden, am Ende als Füllmaterial. Das ist ein Downcycling, das auf Dauer nicht geht.

Wir erleben es doch, dass wir am Niederrhein um jede Kiesgrube mittlerweile eine heftige Debatte führen, weil wir damit ein Problem haben. Bei mir am Teutoburger Wald im Kreis Steinfurt gehen wir mit dem Kalksteinabbau in ein FFH-Gebiet hinein, obwohl schon unter Bärbel Höhn gesagt wurde, dass dann und dann damit Schluss sei. Aber immer und immer wieder müssen wir doch noch neue Perspektiven schaffen, obwohl es vertraglich eigentlich anders vereinbart war.

Deswegen müssen wir vom Downcycling wegkommen. Wir müssen endlich auch beim Bauschutt und noch viel mehr beim Straßenaufbruch, also bei den Teeren, dazu kommen, dass wir richtiges, echtes Recycling umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

Wir alle zusammen sind es auch kommenden Generationen schuldig, Müll nur so zu hinterlassen, dass wir damit die nächsten Generationen nicht belasten. Wir sind es den kommenden Generationen auch schuldig, dass wir die vorhandenen wilden Müllkippen – so nenne ich sie jetzt einmal – oder kleinen Müllkippen ... Es ist übrigens spannend, dass gerade in Norddeutschland, also Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, 60 illegale Mülldeponien aufgedeckt wurden. Ich hätte mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen können, dass es in diesem Gebiet 60 illegale Mülldeponien gibt. Es ist auch eine spannende Frage, wie es hier in Nordrhein-Westfalen damit aussieht.

Mir ging es gerade aber um die Altlasten. Dieses Thema müssen wir noch viel stärker angehen. Jeder zehnte Grundwasserkörper in Nordrhein-Westfalen ist durch solche Altlasten gefährdet. Das steht auch in der Antwort auf diese Große Anfrage. Wir müssen diese Gefährdungspotenziale restlos erfassen und, wann immer es ansteht, auch die Sanierung der alten Kippen angehen. Auch hier gilt für die Zukunft: Der beste Müll ist der, der gar nicht erst anfällt.

Ich habe eben schon die Frage zukünftiger Deponien angesprochen. Es wird Sie überraschen, dass ein Grüner das sagt. Aber ich glaube, dass wir Deponiefläche brauchen werden. Wir sollten in Nordrhein-Westfalen rechtzeitig darüber diskutieren. Der Weg, die alten Deponien immer wieder um 1, 2, 3 oder 4 m zu erhöhen,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

wird nicht funktionieren. Wir müssen rechtzeitig die Debatte führen. Und noch besser ist: Wir zusammen setzen uns gemeinsam

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

für die Reduzierung der gigantischen Müllmengen ein.

Ich freue mich auf eine gemeinsame Debatte und hoffe, dass wir in puncto Abfall eine gemeinsame, breit getragene Lösung in den nächsten Jahren hier zusammen hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüsse. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rüsse, vielleicht interpretieren wir die Antwort auf die Große Anfrage ein bisschen unterschiedlich. Ich habe Ansätze dahin gehend gefunden, dass wir über das Thema „weniger Deponien“ hier sicherlich sprechen können. Ich trage das jetzt einmal vor.

Zunächst geht aber ein herzliches Dankeschön an das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und an alle anderen beteiligten Häuser für diese umfangreiche Antwort.

Ein Dank geht tatsächlich auch an die Kollegen der Grünen, die mit dieser Großen Anfrage zur Abfallwirtschaft ein umfassendes Papier angefragt haben, das uns nun aufzeigt: Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft. – Das ist eine gute Nachricht für die Umwelt, für den Schutz von Ressourcen und für ein Mehr an Recycling.

Nun liegt uns ein so umfassendes Papier vor, und es ist schwierig, aus den 94 Seiten, insgesamt 182 Fragen und Antworten und sechs verschiedenen Themenblöcken in fünf Minuten Redezeit alle Aspekte in der Tiefe zu diskutieren. Daher verwende ich meine Redezeit auf die Aspekte der Zukunft der Abfallwirtschaft.

In meinem Wahlkreis, im Kreis Minden-Lübbecke, entsteht auf der Deponie Pohlsche Heide in Hille im Rahmen der REGIONALE 2022 das Vorhaben, die Deponie langfristig in eine Smart Recycling Factory umzuwandeln.

Bereits im August des vergangenen Jahres besuchten die Umweltpolitiker der CDU-Landtagsfraktion die Deponie und machten sich ein Bild von den Planungen für das Entsorgungszentrum.

(Christian Dahm [SPD]: Nicht nur die!)

– Schön, Herr Kollege! Sind Sie auch schon da gewesen?

Das Leitbild der verantwortlichen Mitarbeiter ist folgendes: Wir sprechen heute nicht mehr von Müll und Abfällen; vielmehr wird in einer zeitgemäßen Abfallwirtschaft von Wertstoffen gesprochen. – Genau an dieser Stelle setzt ebenfalls beispielsweise die Gesetzesänderung des Landesabfallgesetzes an.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Da hat sich doch nur der Name geändert!)

Bereits als Projekt der REGIONALE 2010 wurde der Leppe-Deponie, früher eine reine Mülldeponie, ein neues Gesicht und eine ganz neue Ausrichtung gegeben. Unter der Überschrift „:metabolon“ entwickelt sich die ursprüngliche Deponie immer mehr zu einem Forschungs- und Innovationszentrum für Stoffumwandlung und Umwelttechnologie. Das benötigen wir.

Früher war die Leppe-Deponie eine reine Mülldeponie. Heute zählt das Entsorgungszentrum Leppe zu den modernsten Entsorgungsstandorten Europas und ist Referenzort eines internationalen Fachpublikums.

Aktuell lief noch bis Ende des Jahres 2021 gemeinsam mit der TH Köln ein Forschungsvorhaben. Schwerpunkt des Projektes ist die Entwicklung eines thermochemischen Zentrums am Forschungsstandort „:metabolon“. Hierbei werden Anlagen für Pyrolyse und Vergasungsprozesse installiert, die unterschiedliche abfallstämmige Reststoffe verarbeiten, damit aus ihnen wieder neu zu nutzende Stoffe oder Produkte entstehen.

Die Forschung auf „:metabolon“ sowie der Deponiestandort als außerschulischer Lernort und als Ort für Freizeit und Erholung bieten völlig andere Aspekte der Abfallwirtschaft.

Das übergeordnete Ziel von „:metabolon“ – bei allen Freizeit- und Bildungsangeboten – ist die Forschung in die zirkuläre Wertschöpfung, auch Energie aus Reststoffen nach vorne zu treiben. Das ist es, was wir brauchen, um ein vermehrtes Deponieaufkommen eben nicht mehr zu haben.

Ein weiteres Beispiel: Die Effizienz-Agentur NRW, die im Jahr 1998 ihre Arbeit aufnahm, ist ein weiterer wichtiger Ansprechpartner, um beispielsweise die beschriebene Circular Economy nach vorne zu tragen. Auch hier ist das Ziel die wirtschaftliche Steigerung der Ressourceneffizienz in produzierenden Unternehmen.

Die Effizienz-Agentur berät Unternehmen in den Fragen, wie die Produktionsgestaltung so effizient gestaltet werden kann, dass der Rohstoffeinsatz minimiert und in der Folge Abfallmengen auch reduziert

werden können – und das im günstigsten Fall unter verstärktem Einsatz von Recyclingstoffen.

Jährlich werden in 500 Unternehmen vertiefende Gespräche geführt, woraus sich über 250 einzelbetriebliche Beratungs- und Investitionsförderungsprojekte ergeben.

Das übergeordnete Ziel aller der von mir beschriebenen Aktivitäten und Forschungsprojekten dient der Schließung und Verbesserung von Stoffkreisläufen entlang der Wertschöpfungsketten.

Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt uns also, wie innovativ die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bereits heute aufgestellt ist. Und das ist gut so.

Die nötigen Rahmenbedingungen sind mit den Änderungen im Kreislaufwirtschaftsgesetz auch in einen rechtlichen Rahmen gesetzt. Das muss ich noch einmal betonen. Da geht es zum Beispiel auch um das Recycling von Baumaterialien, was der Kollege Rübe gerade beklagt hat.

Ich hätte mich gefreut, sogar sehr gefreut, wenn auch die grünen Kollegen, denen genauso wie uns Christdemokraten eine umwelt- und ressourcenschonende Abfallwirtschaft am Herzen zu liegen scheint, dieser wichtigen Gesetzesänderung zugestimmt hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zukünftige Abfallwirtschaft orientiert sich nicht an Legislaturperioden, sondern ist eine fraktionsübergreifende Aufgabe, die unsere gemeinsame Anstrengung benötigt, und an der wir alle zusammen noch lange arbeiten sollten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Als nächster Redner hat für die Faktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Schneider das Wort.

René Schneider* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Große Anfragen sind wie Lexika des Parlamentarismus. Sie geben Orientierung in Politikfeldern und spiegeln allein schon wegen ihrer Themenstellung die großen Fragen ihrer Zeit.

Nicht anders ist das mit der Großen Anfrage 39 der grünen Landtagsfraktion. „Wie zukunftsfähig ist die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen?“ fragen Sie. Die Antwort fällt 94 Seiten lang aus. Dafür sei an dieser Stelle allen gedankt, die sich mit den Fragen beschäftigt und die Antworten für uns im Landtag aufgeschrieben haben. Das kostet viel Zeit, soll aber nicht umsonst gewesen sein.

Zum Ende der Wahlperiode ist dieses Lexikon einerseits Reflexion der vergangenen fünf Jahre, andererseits aber auch Wegweiser für eine neue Landes-

regierung. Ich möchte das an einigen Beispielen aus der Großen Anfrage deutlich machen.

Stichwort „Deponiekapazitäten“: Als Bürger der Stadt Kamp-Lintfort bin ich ein gebranntes Kind. Die Deponie Eyler Berg, mit der ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss zugegebenermaßen in den vergangenen fünf Jahren immer wieder auf die Nerven fallen musste, schließt zum Ende dieses Jahres. Das ist gut so, weil damit ein jahrzehntelanges Katz-und-Maus-Spiel zwischen Betreiber und Genehmigungsbehörde zu Ende geht. Man hat es verstanden, Geduld und Paragrafen bis aufs Letzte auszureizen, um die Maximalmenge an Abfall der Deponieklasse III auf die ehemalige Hausmülldeponie aufzubringen; wir sprechen hier über ein Millionen-Euro-Geschäft.

Deponiekapazitäten sind kostbar, und sie werden weniger, wie die Antwort auf die Große Anfrage zeigt. Ich kann mich da der Bewertung der Grünen nur anschließen. Wir laufen in eine Unterversorgung, und Abhilfe ist nicht in Sicht. Bei Genehmigungsvorläufen neuer Deponien von rund zehn Jahren und der allgegenwärtigen Ablehnung solcher Neuaufschlüsse laufen wir aktuell sehenden Auges in diese Misere. Das hat auch mit Skepsis und Enttäuschung von Anwohnerinnen und Anwohnern gegenüber Betreibern wie Behörden zu tun, so beispielsweise, wie eben schon erwähnt, an der Zentraldeponie Emscherbruch zwischen Gelsenkirchen und Herne oder der Deponie Nottenkämper in Schermbeck.

Vielfältigsten Abfall produzieren wir alle – das zeigt die Große Anfrage deutlich –, aber wiedersehen wollen wir ihn nicht. Daran wird sich nichts ändern. Gerade deshalb müssen wir jederzeit für Transparenz, für saubere Abläufe und am Ende auch für eine vernünftige Rekultivierung sorgen. Die Kosten dafür dürfen nicht der Allgemeinheit auf die Füße fallen, wenn doch zuvor Private jahrzehntelang dicke Gewinne gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Danke schön.

Darum muss schlussendlich die Frage erlaubt sein, ob nicht auch das Vorhalten von Abfallentsorgungskapazitäten zur Daseinsvorsorge und damit in staatliche Hand gehört. Diese Frage sollten wir an anderer Stelle einmal vertiefen.

Perspektivisch hoffen wir jedenfalls alle auf die Etablierung einer allumfassenden Kreislaufwirtschaft. Statt dem Anfang und Ende der Nutzung eines Rohstoffes nur hinterherzuschauen, wollen wir ihn zirkulär immer wieder nutzen, ob Plastik, mineralische Rohstoffe oder Papier. Vieles machen wir schon, aber das reicht einfach noch nicht, um unser Abfallaufkommen signifikant zu senken.

Auch den Ausstieg – dieser Sidestep sei mir erlaubt – aus der Förderung von Kies und Sand werden wir nur

hinbekommen, wenn wir es schaffen, das Recycling von Bauschrott und Bauschutt signifikant im Sinne eines Upcyclings und nicht eines Downcyclings zu steigern, wie es mein Kollege Rüsse gerade schon gesagt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vergangenen Plenarrunde haben die Fraktionen von CDU und FDP, wie gerade schon erwähnt, die Novelle des Landesabfallgesetzes verabschiedet – leider ohne die Ergänzungen der SPD-Landtagsfraktion. Diese haben sich an vielen Stellen an den Ergebnissen der Großen Anfrage orientiert, aber auch an der Meinung der Expertinnen und Experten in unserer Anhörung.

Einen Haftungsfonds für den Einsatz von Rezyklaten in der Bauwirtschaft ist uns von Vertretern der Städte und Gemeinden als Mittel empfohlen worden, damit mehr recycelter Baustoff ausgeschrieben und verwendet wird. Das wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu einer zirkulären Bauwirtschaft gewesen. Das haben Sie leider abgelehnt, ebenso wie erweiterte Angebote zur Vermeidung von Müll, die man auf Abfallgebühren hätte umlegen können.

So bleibt mir zum Schluss nur der Hinweis, dass jedes Lexikon nur dann hilft, wenn man auch bereit ist, hineinzuschauen und daraus zu lernen. Große Anfragen werden nicht um ihrer selbst willen gestellt, und Expertenanhörungen sollten ebenso wenig nur Show sein. Vielmehr sollte man das geteilte Wissen aufnehmen und etwas daraus machen. Dafür ist eine Große Anfrage da.

Ich freue mich darauf, dass eine neue Landesregierung dies tun wird, um für die Menschen im Land das Morgen zu gewinnen. – Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Schneider. – Jetzt hat Herr Terhaag für die FDP-Fraktion das Wort.

Andreas Terhaag (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, wenn Herr Schneider vor mir spricht. Dann brauche ich das Pult gar nicht mehr hochzufahren. – Vielen Dank dafür.

Auch von unserer Fraktion geht ein Dank an das Ministerium und an die Verwaltung für die Arbeit bei der Beantwortung der Großen Anfrage.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünenfraktion zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen in Sachen „Kreislaufwirtschaft“ bereits einiges erreicht haben. Seit einigen Jahren bewegt sich die Zunahme der Menge an gefährlichen Abfällen – Kollege Rüsse hat es eben auch erwähnt – in

einem kleinen Bereich. Diese kleine Steigerung resultiert alleine aus der guten Wirtschaftsentwicklung.

Dank der zuletzt vorgenommenen Novellierung des Landesabfallgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz können nun zusätzliche Ressourcen geschont und Abfälle vermieden werden. Das wurde in der Anhörung im November des vergangenen Jahres besonders deutlich.

Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis begrüßten ausdrücklich die Novellierung und betonten, wie wichtig der Einsatz von Rezyklaten ist. Das neue Landekreislaufwirtschaftsgesetz wird daher einen wichtigen Beitrag zur Ressourceneffizienz und zur Kreislaufwirtschaft leisten, und dies insbesondere beim vermehrten Einsatz von Recyclingbaustoffen.

Ein zusätzlicher Baustein zur Förderung der Kreislaufwirtschaft ist die Effizienz-Agentur Nordrhein-Westfalen. Die Effizienz-Agentur hilft produzierenden Unternehmen, eine effiziente und ressourcenschonende Herstellung zu erreichen. Jährlich werden mehr als 2.500 Unternehmen von der Agentur bei ihren Projekten unterstützt und beraten. Viele Projekte wurden bereits angeschoben. Der Antwort auf die Große Anfrage konnten wir entnehmen, dass dadurch jährlich durchschnittlich ca. 35 t Material je unterstütztem Unternehmen eingespart werden.

Die Antwort auf die Große Anfrage der Grünen zeigt ebenfalls, dass die Landesregierung bereits viele Fördermittel für Projekte der Kreislaufwirtschaft zur Verfügung stellt. Prominente Beispiele sind hier etwa IN4climate.NRW oder Carbon2Chem. Dadurch sorgt die Landesregierung dafür, dass abfallarme und CO₂-sparende Produktionen weiterentwickelt und vorangebracht sowie deren Abfälle weitergenutzt und im Sinne der Kreislaufwirtschaft recycelt werden.

Weiterhin hat das Land eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung von CO₂ gefördert. Hier stand nicht nur die Untersuchung im Vordergrund, inwiefern CO₂ als alternative Kohlenstoffquelle genutzt werden kann, um Treibhausgasemissionen zu senken, auch die innovativen Nutzungsmöglichkeiten von CO₂ für die Industrie, etwa bei der Herstellung synthetischer Kraftstoffe, wurden dabei betrachtet.

Neben diesen spannenden Innovationsprojekten hat auch die Forschung in den Bereichen der Batterietechnologie sowie im Recycling von Batterien hohe Bedeutung für die Landesregierung. Allein in die Forschungsfertigung von Batteriezellen investiert die Landesregierung 180 Millionen Euro und stärkt damit erheblich den Technologiestandort NRW in Münster.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität sind diese Bausteine enorm wichtig und stellen klar heraus, dass die Kreislaufwirtschaft im Fokus der NRW-Koalition steht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Neben Batterierecycling spielt auch das Recycling im Allgemeinen eine herausragende Rolle. Für das Recyceln von Kunststoffen soll das Kompetenznetz kunststoffland NRW zusammen mit der RWTH Aachen und dem Verband der Chemischen Industrie ein Exzellenzzentrum für zirkuläre Kunststoffwirtschaft entwickeln.

Das Rheinische Revier dient dann als Modellregion für eine zirkuläre Kunststoffwirtschaft mit besonderen Schwerpunkten auf intelligentem Produktdesign sowie auf chemischen und mechanischen Recyclingmethoden. Das sind innovative Ansätze für die Kreislaufwirtschaft, die von der NRW-Koalition maßgeblich gefördert werden und sowohl der Umwelt als auch dem Industrie- und Technologiestandort Nordrhein-Westfalen zugutekommen.

Kommen wir zu einem weiteren Aspekt moderner Kreislaufwirtschaft. Die zunehmende Digitalisierung hat bereits in der Kreislauf- und kommunalen Abfallwirtschaft zu erheblichen innovativen Veränderungen und effizienteren Arbeits- und Sortierabläufen geführt. Untersuchungen des Bundesumweltministeriums zeigen aber, dass die Digitalisierung noch deutlich mehr Potenziale in der Abfallwirtschaft bietet, etwa bei der kommunalen Sammlung, beim Befüllmanagement oder bei Abfall-Apps.

Digitalisierung spielt bereits jetzt in der Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle und wird im Rahmen der Digitalstrategie noch fester integriert. So können zum Beispiel Recyclingverfahren mittels Künstlicher Intelligenz noch effizienter werden.

Die NRW-Koalition aus FDP und CDU hat die Kreislaufwirtschaft schon lange im Fokus und in vielen Bereichen erheblich gestärkt. Das ist ganz besonders durch die Novellierung des Landesabfallgesetzes im vergangenen Jahr geschehen und wird für uns auch weiterhin von höchster Bedeutung sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Terhaag. – Jetzt spricht Herr Dr. Blex für die AfD-Fraktion.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die Maskenproblematik – eben noch passend dazu diesen Kaffeefilter abgesetzt – trägt dazu bei, die Müllberge in Deutschland nicht schrumpfen zu lassen. Nicht nur unsere Freiheit wird beeinträchtigt, dieses Zeug verschmutzt auch die Umwelt.

Wir reden hier über die Abfallwirtschaft. Auch da spielt Ihre irrsinnige Energiepolitik eine Rolle, die nicht nur unser gesellschaftliches Leben gefährdet. Mit dem beschlossenen Kohleausstieg werden wir auf ein massives Entsorgungsproblem stoßen, das jetzt schon absehbar ist. Was viele von Ihnen nämlich nicht wissen, ist: In Kohlekraftwerken wird nicht nur Kohle verfeuert, sondern auch Abfall.

Gekoppelte Systeme wie die Verbrennung von Abfällen in Kohlekraftwerken wurden über Jahre ausgetüfelt, stetig verbessert und optimiert. Doch Ihre Abschaltpolitik zwingt die Entsorger zu einem abrupten Ende ihrer bewährten Praxis. Dabei sagen Sie den Entsorgern nicht einmal, wie die Abfallentsorgung nach dem Kohleausstieg überhaupt weitergehen soll. Sie nennen nicht eine einzige Perspektive.

Seit 2005 gilt in Deutschland das Deponieverbot. Unbehandelte Siedlungsabfälle dürfen nicht mehr auf Mülldeponien gelagert werden. Andere Länder auf dieser Erde gehen anders mit dem Abfall um, aber egal. Bleiben wir bei uns.

Das Deponieverbot gilt, doch gut gemeint bedeutet nicht, gut gemacht. Es sind dabei vor allem die Grüninnen, welche die Entsorgungssicherheit in unserem Land massiv gefährden. Zum einen senken Sie die Kapazitäten für die Abfallentsorgung, bevor überhaupt abfallärmere Herstellungsverfahren etabliert sind. Zum anderen blockieren Sie, wo Sie nur können – ganz egal, was Herr Rübe eben gesagt hat – Ihre Genossen – „Genossinnen“ muss ich ja bei Ihnen sagen – und verhindern eine offene Debatte über die Erweiterung von Deponiekapazitäten.

Deponiebetreiber sind per Gesetz dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass es zu keiner Verunreinigung des Grundwassers kommt. Wenn sie das sicherstellen, dann leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Abfallentsorgung in unserer Gesellschaft.

Die vorhandenen Deponiekapazitäten reichen im Durchschnitt nur noch ca. 20 Jahre. Deshalb ist es dringend notwendig, zu schauen, wo in Zukunft neue Deponiekapazitäten geschöpft werden können.

Wer sich einmal tiefer mit der Abfallpolitik der Dunkelroten und der Giftgrünen auseinandersetzt, wird dabei Erstaunliches feststellen: Ihre Politik stößt nicht weniger – da sollten Sie mal zuhören –, sondern mehr Ihres Traumagases CO₂ aus.

Die Kohleverfeuerung in Kohlekraftwerken erzeugt besonders hohe Temperaturen. Diese können dazu genutzt werden, Strom für Millionen Haushalte zu liefern. Gleichzeitig aber können und werden hier Abfälle mitverfeuert und dadurch unschädlich gemacht.

Der Wirkungsgrad in Kohlekraftwerken ist aufgrund der hohen Temperaturen viel höher als in konventionellen Müllverbrennungsanlagen, weil die Temperaturen dort – aufgrund des Wassergehaltes etc. – niedriger sind. Das bedeutet aber auch, dass die

Wahrscheinlichkeit – jetzt kommt die Chemie ins Spiel – für eine unvollständige Verbrennung bei konventionellen Müllverbrennungsanlagen größer ist als bei Kohlekraftwerken.

Nach dem Kohleausstieg aber lassen sich die Kohlekraftwerke nicht mehr als Müllverbrennungsanlagen nutzen. Die Kohleverfeuerung ist hierbei ein entscheidender Unterschied. Das ist auch der Grund, warum die immer weitergehende Auftrennung des Hausmülls ein riesiges Entsorgungsproblem verursacht – etwas, das viele von Ihnen gar nicht verstehen können.

Bei der Mülltrennung werden vor allen Dingen die hochkalorischen Abfälle vom Restmüll getrennt. Das führt dazu, dass bei der Verbrennung des Restmülls in Müllverbrennungsanlagen Abfälle aus der Wertstofftonne – vornehmlich Kunststoffe – hinzugegeben werden müssen. Ohne die sogenannte Beifeuerung sind die Verbrennungstemperaturen, wie ich es eben schon kurz angeführt habe, viel zu gering für eine fachgerechte Entsorgung.

Das führt zu einer ganz interessanten Situation. In Deutschland wird der Müll aufwendig getrennt – Sie schmücken sich alle damit –, dann wird er auf verschiedene Fahrzeuge geladen, auf die gleiche Müllhalde gebracht, und am Ende wird alles zusammen verbrannt. Das ist die Realität in Deutschland: eine weniger effiziente Entsorgung, ein höherer manueller Trennaufwand sowie immer höhere Entsorgungs- und Deponiegebühren. Das ist die Konsequenz Ihrer Abfallpolitik. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE]: Tosender Beifall!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Nun hat die Landesregierung das Wort. In Vertretung von Ministerin Ursula Heinen-Esser spricht Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachhaltiger Ressourcen- und Klimaschutz sind wichtige gesellschaftliche Zukunftsaufgaben. Neben dem Klimaschutz ist der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Baustein des Green Deals, den die Europäische Union im Jahr 2020 verabschiedet hat.

Er ist die politische Agenda auf dem Weg zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Auf Landesebene ist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Aktivitäten der Effizienz-Agentur NRW hinzuweisen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Zukunftsfähigkeit der Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen belegt, dass das Land über eine sehr starke Entsorgungswirtschaft verfügt. Das

ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, der ihnen eine hohe Entsorgungssicherheit bietet.

Die Große Anfrage umfasst 182 Einzelfragen – das haben wir gehört – aus den verschiedensten Bereichen der Kreislaufwirtschaft und des Bodenschutzes. Es wurden Fragen zur Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, zu Deponien, zu gefährlichen Abfällen, zu Altablagerungen und Altlasten, zum Baustoffrecycling – das im Übrigen am Freitag noch mal hier auf der Tagesordnung steht – sowie zum Arbeitsschutz und zu den Arbeitsbedingungen auf Deponien gestellt.

Bei zahlreichen Fragen geht es um das Abfallaufkommen, insbesondere um die Entwicklung des Aufkommens an gefährlichen Abfällen sowie deren sichere Entsorgung in der Zukunft. Die Fragen zielen darauf ab, ob in Nordrhein-Westfalen eine ausreichende Anzahl an Deponien zur Verfügung steht. Auf diesen Aspekt möchte ich etwas detaillierter eingehen.

Im letzten Jahr haben wir den neuen Abfallwirtschaftsplan des Landes für gefährliche Abfälle verabschiedet. Er enthält eine Prognose des Aufkommens gefährlicher Abfälle bis zum Jahr 2030. Nach jetzigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass trotz leicht steigender Mengen die Entsorgung der in Nordrhein-Westfalen erzeugten gefährlichen Abfälle gesichert ist.

Aus Gründen der Entsorgungssicherheit müssen zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen ausgewiesen werden. Über den Planungszeitraum hinausgehend kann ein solcher Bedarf jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Landesregierung unterstützt laufende Genehmigungsverfahren zur Kapazitätserweiterung vorhandener Deponiestandorte.

Die Antwort der Landesregierung gibt einen umfassenden Einblick in die Abfallwirtschaft von Nordrhein-Westfalen. Es wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen über eine innovative Wirtschaft verfügt, die sich der Herausforderung der Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft stellt.

Wir haben eine gut ausgebaute Infrastruktur an Abfallentsorgungsanlagen. Es gibt ein großes Potenzial an Forschung und Wissenschaft. Die öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen begleitet den komplexen Transformationsprozess sehr effektiv.

Vieles wurde schon erreicht, um Abfälle zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Es ist aber auch klar, dass Kreislaufwirtschaft eine Zukunftsaufgabe ist, die uns alle weiterhin beschäftigen wird. In diesem Sinne kann man auf die Frage: „Wie zukunftsfähig ist die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen?“ die knappe Antwort geben: Nordrhein-Westfalen hat eine gut ausgebaute Infrastruktur an Abfallentsor-

gungsanlagen und ist gut gerüstet für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die **Beratung über die Große Anfrage 39** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgeschlossen** ist.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt:

13 Fragestunde

Drucksache 17/16540

Mit der Drucksache 17/16540 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 115, 116 und 117 aus der Fragestunde vom 26. Januar 2022 sowie die Mündliche Anfrage 120 vor.

In Abstimmung mit der Fragestellerin und dem Fragesteller rufe ich nun gemeinsam die

Mündliche Anfrage 115

der Abgeordneten Sigrid Beer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Thema „Warum bietet die Landesregierung angesichts der besonderen Situation der Pandemie dem Niederrhein-Kolleg Oberhausen keine Perspektive?“

und die

Mündliche Anfrage 117

des Abgeordneten Jochen Ott von der SPD-Fraktion zu dem Thema „Welche Maßnahmen hat die Landesregierung durchgeführt, um den Erhalt des Niederrhein-Kollegs in Oberhausen zu gewährleisten und diesem eine zweite Chance zu geben?“ auf.

Zweimal Oberhausen, das macht Sinn. Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass gemäß § 94 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung sowohl Frau Abgeordnete Beer als auch Herr Abgeordneter Ott jeweils bis zu drei Zusatzfragen stellen dürfen.

Die Landesregierung entscheidet wie immer in ihrer eigenen Zuständigkeit, welches Mitglied der Landesregierung die Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Hier ist von der Landesregierung angekündigt worden, dass Frau Ministerin Gebauer antworten wird. – Sie haben das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, dass wir heute in die Geschichte eingehen, weil erstmals zwei

Anfragen miteinander verknüpft werden; so ist es mir zumindest berichtet worden. Ich freue mich, dass wir den Anlass dazu geben.

Die Interessen unserer Schülerinnen und Schüler und auch unserer Studierenden sind maßgeblich für Entscheidungen im Bildungswesen. Darum sind die qualitativen Rahmenbedingungen der angebotenen Bildungsgänge von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grund sind Mindestgrößenregelungen und Klassenfrequenzwerte festgelegt. Die Landesregierung steht diesbezüglich in der Verantwortung, selbst den Maßgaben gerecht zu werden, die sie auch anderen Schulträgern, in diesem Zusammenhang insbesondere den Kommunen, vorgibt und abverlangt.

Seit mehreren Jahren verzeichnet das Niederrhein-Kolleg rückläufige Studierendenzahlen. Seit dem Jahr 2018 wird die Vorgabe einer Mindestgröße von 240 Studierenden für den Bildungsgang Kolleg nicht mehr erfüllt, ja sogar deutlich unterschritten. Zuletzt wurden die Fachsemester von insgesamt lediglich 139 Studierenden sowie weiteren 10 Studierenden im Vorkurs besucht.

In einer Vielzahl von Kursen wurde der vorgegebene Klassenfrequenzwert von 20 Studierenden nicht erreicht. Wegen der geringen Studierendenzahlen verfügen die Fachschaften über nur wenige Lehrkräfte. In fünf Fächern besteht die Fachschaft aus jeweils nur einer Lehrkraft, und dies trotz des insgesamt vorliegenden Personalüberhangs. Das hat gravierende Auswirkungen auf den fachlichen Austausch untereinander. Eine Weiterentwicklung des Fachunterrichts und auch dessen Qualitätssicherung sind am Niederrhein-Kolleg perspektivisch daher nur eingeschränkt möglich.

Für die Studierenden besteht kaum Spielraum hinsichtlich der Möglichkeit, ihre Bildungslaufbahn zu gestalten. Wahlmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Lernbereiche sind nur eingeschränkt vorhanden, und die Belegung von Leistungskursen ist aufgrund der sehr geringen Studierendenzahlen ausschließlich in den Fächern Deutsch und Biologie möglich.

Gerade mit Blick auf individuell unterschiedliche Planungen des späteren beruflichen Werdegangs stellt dies eine nicht mehr tragbare Ausgangssituation dar. Es ist für die Studierenden daher auch aus pädagogischer Sicht wesentlich sinnvoller, an eine andere Bildungseinrichtung zu wechseln. Vielfältige Angebote existieren in den umliegenden Städten.

Bezüglich der Zukunft des Niederrhein-Kollegs standen und stehen wir in einem regelmäßigen Dialog mit der Bezirksregierung Düsseldorf. Alle Gespräche, die geführt wurden, erbrachten im Ergebnis, dass die Schließung der Schule als alternativlos zu bewerten ist.

Diskutiert wurde auch die Frage einer Fusionierung des Niederrhein-Kollegs mit einem Weiterbildungs-